

Fraktionen



Herrn Landrat  
Ingo Brohl

An die  
Vorsitzenden der Fraktionen

Wesel, 29.11.2021

**Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2021 / Sitzung des Kreistags am 16.12.2021;  
hier: Resolution für ein Moratorium zum weiteren Kiesabbau im Kreis Wesel**

Sehr geehrter Herr Landrat Brohl,

die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie das Einzelkreistagsmitglied der FWG beantragen folgende Resolution zu beschließen und dem RVR sowie dem Land Nordrhein-Westfalen zuzuleiten:

**Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet. Hieraus ergeben sich auch konkrete Verpflichtungen für das Land NRW und die Kommunen zur Erreichung der Klimaschutzziele. Nach dem Klimaschutzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 sind Maßnahmen auch über das Jahr 2030 hinaus vorzusehen.**

**Auf Grundlage der in Ziel 9.2.1. des am 12.07.2019 vom Landtag beschlossenen, Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) festgelegten Vorgaben zur Versorgung des Landes mit bodenflächennahen nichtenergetischen Rohstoffen erarbeitet der Regionalverband Ruhr (RVR) den Regionalplan Ruhr, der die konkreten Flächen für die Gewinnung von Sand und Kies festlegt.**

**In der Sitzung der Verbandsversammlung am 17.12.2021 ist der Aufstellungsbeschluss für die zweite Offenlage des Regionalplan Ruhr geplant. Bereits heute möchten wir mit Blick auf die Erweiterung und die Neuaufschlüsse von Abgrabungen für Sand und Kies auf die komplett fehlende Akzeptanz dieses Vorgehens in der Bevölkerung des Kreises Wesel hinweisen.**

**Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster noch nicht über die Klage des Kreises Wesel und der Kommunen Alpen, Kamp-Lintfort und Rheinberg gegen die Bedarfsermittlung im LEP entschieden hat, fordern wir den**

Landesgesetzgeber , die Regionalplanungsbehörde (RVR) sowie das Ruhrparlament nachdrücklich auf, ein Moratorium über die weitere Planung und die mögliche Umsetzung zur weiteren Ausweisung von Abgrabungsflächen für nichtenergetische Rohstoffe im LEP und dem Regionalplan Ruhr zu verhängen.

Im Übrigen bekennt sich der Kreistag zu der Resolution vom 04.02.2019, in der ein nachhaltiger Umgang (Einstieg in ein Ausstiegsszenario) mit der Ressource Kies – auch zeitlich - skizziert wurde.

**Begründung:**

Der Kreis Wesel hat seit seinem Bestehen vielfältige Eingriffe in seine natürliche niederrheinische Landschaft erlebt, sei es durch den Steinkohleabbau, den Salzabbau oder den Abbau von Sand und Kies. Dies hat zu einem dramatischen Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und Kulturlandschaft geführt.

Auch der Schutz des Trinkwassers am Niederrhein muss beachtet werden.

Vor dem Hintergrund der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen, unserer gemeinsamen Verpflichtung für nachfolgende Generationen und der nachdrücklichen Forderung der Bevölkerung, die Natur zu schützen und Ressourcen zu schonen, ist die Akzeptanz eines weiter ausufernden Kiesabbaus am gesamten Niederrhein nicht mehr gegeben.

Daher ist in Bezug auf die Rohstoffsicherung und –nutzung eine völlig neue Strategie/Gesetzgebung erforderlich, welche die Interessen von Bevölkerung und Natur berücksichtigt. In jüngster Vergangenheit sind in diesem Punkt viele Dinge in Bewegung geraten, weshalb es unzulässig wäre, die bisher im LEP festgelegten Vorgaben einfach fortzuschreiben.

Mit vorliegender Resolution soll erreicht werden, dass die zuständigen Instanzen, das Land NRW und der Regionalplanungsbehörde (RVR) sowie die Vertreterinnen und Vertreter des Ruhrparlaments, eine neue Sichtweise auf dieses Thema gewinnen. Bis zur Entscheidung des Gerichts sollten keine neuen Fakten geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank  
Berger

Hubert  
Kück

Ralf  
Lange

f.d.R.



Lukas Bleilevens